

**Antrag vom 21.03.2025**

Eingang bei: L/OB

Datum: 21.03.2025

## Antrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Betreff

Standardisierte Informationsveranstaltung bei neuen Unterkünften für Geflüchtete

### Wir beantragen:

- Bei der Errichtung von neuen Unterkünften für Geflüchtete führt die Verwaltung künftig standardisierte Informationsveranstaltungen durch.
- An diesen Informationsveranstaltungen beteiligen sich alle wesentlich an Planung, Errichtung und Betrieb der Unterbringung beteiligten Stellen (insbesondere das Amt für Liegenschaften, das Amt für Soziales und Teilhabe und das Amt für Stadtplanung und Wohnen).
- Die Verwaltung berichtet im übernächsten Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen, wie ein Konzept für eine standardisierte Informationsveranstaltung aussehen und bis wann es angewendet werden könnte.

### Begründung:

Durch den „Stuttgarter Weg“ werden Geflüchtete möglichst dezentral in allen Stadtbezirken untergebracht. Dies erleichtert die Integration der Menschen, stärkt die Willkommens- und Anerkennungskultur und fördert die Kooperation mit den ehrenamtlich Engagierten. Um diesen Weg fortsetzen und die bestehenden teuren und nicht-integrationsfördernden Notunterkünfte leerziehen zu können, braucht es zusätzliche Standorte.

Ein wichtiges Element des „Stuttgarter Weges“ ist auch die Einbindung und Kooperation mit der Anwohnerschaft. Bei der weiteren Standortsuche soll daher – neben den zuständigen Bezirksbeirat\*innen – auch die Bürgerschaft durch eine entsprechende Informationsveranstaltung frühzeitig eingebunden werden. Solche Veranstaltungen finden bisher lediglich in Einzelfällen statt, jedoch nicht standardmäßig, sondern vor allem ad hoc auf Drängen Einzelner oder wenn der Druck vor Ort zu groß wird.

Wir halten es für unerlässlich, dass solche Informationsveranstaltungen künftig standardmäßig bei jedem neuen Standort im Stadtgebiet durchgeführt werden. Die Bürger\*innen sollten dabei Gelegenheit haben, sich zu informieren und gehört zu werden. Solche Veranstaltungen sollten möglichst in unmittelbarer Nähe zum Standort stattfinden, rechtzeitig angekündigt und die Anwohnerschaft mit Flyern und ggf. Plakatierungen darauf aufmerksam gemacht werden. Es sollten dabei sowohl allgemeine Fragen zur Unterbringung von Geflüchteten, zur Unterkunft und ihrem Betrieb sowie zu den Unterstützungsmöglichkeiten beantwortet werden können.

Wir sind der Überzeugung, dass solche standardmäßig durchgeführten Informationsveranstaltungen die Akzeptanz der Unterbringung erheblich steigern und somit auch die Arbeit der Verwaltung – beispielsweise durch weniger Zuschriften und Einzelanfragen – erleichtern und entlasten.

**Gez.**

Fabian Reger

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Afina Albrecht

**Anlage/n**

Keine